

# 500 Euro mehr für alle!

**Das fordert jetzt die SWÖ. Werden den Worten Taten folgen?**

Ende Jänner 2022 lieben sowohl der Vorsitzende der Sozialwirtschaft Österreich (SWÖ) und Direkt der Volkshilfe Österreich Fenninger als auch der Geschäftsführer der SWÖ Marschitz mit der Forderungen nach 500 Euro mehr pro Monat für alle Beschäftigten im Sozialbereich und der Pflege aufhorchen. Handelt es sich dabei wieder mal um heiße Luft oder meinen sie es ernst?

Klar ist mal, dass die zusätzlichen Mittel für die Umsetzung dieser Forderung über den Finanzausgleich vom Bund kommen müssen. Da die aktuelle Bundesregierung schon bisher Forderungen in diese Richtung ignoriert hat und meinte, uns mit mickrigen Corona-Prämien abspesen zu können, ist die Wahrscheinlichkeit gering, dass diese umdenken wird. Außer wir zwingen sie dazu!

Hat aber die SWÖ mittlerweile umgedacht und erkannt, dass wir tatsächlich bessere Arbeitsbedingungen brauchen? Die Wahrscheinlichkeit ist gering. Vielmehr scheint diese Forderung eine Folge der Tatsache zu sein, dass viele Betriebe immer schwerer und schwerer qualifiziertes Personal finden. Gleichzeitig geht diese absolut in die richtige Richtung, auch weil dadurch im Gegensatz zu prozentuellen Lohnerhöhungen die Gehaltsschere zwischen halbwegs gut Verdienenden und dem großen Rest, und damit auch zwischen Frauen und Männern, nicht noch weiter aufgehen würde.

Wird die SWÖ etwas tun, um diese Forderung umzusetzen? Uns fehlt der Glaube! Schon bisher wäre es durchaus möglich gewesen, den verantwortlichen Politiker\*innen klar und deutlich zu sa-



gen, dass mit den derzeit zur Verfügung stehenden Mitteln die von diesen geforderten Leistungen nicht erbracht werden können. Haben die Betriebe das getan. Im Gegenteil! Sie haben sich oft einen Wettlauf darum geliefert, wer es noch billiger machen kann.

Jene Betriebe, die es nicht ganz so billig geben, haben auch heute kein Problem damit, Personal zu finden. Allerdings müssen wir diese wie die Nadel im Heuhaufen suchen. Einmal mehr wird es also an uns selbst liegen, Verbesserungen unserer Arbeitsbedingungen zu

erkämpfen. Im Herbst. Bei den Kollektivvertragsverhandlungen. So lange wollen und werden wir in Wien allerdings nicht warten. Derzeit sind bereits drei Aktionen für mehr Freizeit, mehr Kolleg\*innen und mehr Gehalt in Planung. Sei dabei!

## Bündnis für Pflege

Die Notwendigkeit einer umfassenden Reform des Pflegebereichs mit Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Pflegeberufen ist seit Mitte der 1990er-Jahre bekannt, jedoch bislang am fehlenden politischen Willen gescheitert. Durch Einsparungen im Gesundheitsbereich hat sich die Situation seither sogar noch weiter verschärft und

durch die Covid-19-Pandemie zu einer Pflegekrise geführt.

2021 hat die IG Social Wien ein Projekt mit dem Ziel gestartet, den Prozess dringend erforderlicher Verbesserungen der Arbeits- und Rahmenbedingungen in der Pflege, zunächst gewerkschaftsintern und schließlich gegenüber der Politik, zu unterstützen. Die Pro-

jektzuständigen, Martin Schwantler und Günther Haberl, führen Gespräche mit den Teilgewerkschaften und dem ÖGB, um eine einheitliche Linie mit gemeinsamen Zielen zu fördern und als Gewerkschaft kraftvoll an die Politik herantreten zu können.

Seit Jänner 2021 liegt beim Gesundheitsminister der Bericht „Taskforce Pflege“ mit 63 vorgeschlagenen Maßnahmen für eine Pflegereform. Vorrangig dabei sind ein rascher Personalausbau zur Entlastung der KollegInnen, eine zeitgemäße Pflegeausbildung samt Arbeitsstiftung, Gehaltsverbesserungen sowie eine Arbeitszeitverkürzung.

Die Reform muss zügig starten und die guten Absichten müssten bald unter Beweis stellen, dass sie ernst gemeint sind!

## Spitalsüberlastung

Seit Beginn der Pandemie gehört die Information über die aktuelle Auslastung unserer Spitäler zur täglichen Routine wie der Morgenkaffee. Völlig in den Hintergrund tritt die Frage, wie viele Krankenhausbetten es überhaupt braucht.

Die Anzahl der Betten in den Spitalern scheint eine Art Naturkonstante wie Zeit oder Magnetismus zu sein und nicht Ergebnis politischer Entscheidungen. Der Schein trügt! 1985 gab es in Österreich 75.168. 2020 gab es nur mehr 62.873. Dabei handelt es sich um die behördlich zugelassenen Betten. In Wirklichkeit wird diese Anzahl nie erreicht.

Am Stärksten eingespart wurde bei Akut- und Kurzzeitversorgung. Paradoxerweise geschah dies trotz einer konstanten bzw. in jüngster Zeit sogar steigender Belegung bei

sinkenden Aufenthaltstagen. Gleichzeitig stieg die Anzahl der Beschäftigten von 45.043 im Jahr 1985 auf 96.796 im Jahr 2020 – besonders in der Pflege und bei den medizinisch-technischen Fachdiensten.

Grund dafür ist die Entwicklung der Medizin und der Medizintechnik, welche mehr und spezifischer qualifizierte Arbeitskräfte erfordern und das Steigen der Lebenserwartung, was zu einem höheren Pflegebedarf führt.

Spätestens seit Pandemiebeginn zeigt sich, dass eine „Gesundheitsübersorgung“ nur im Märchenbuch des Neoliberalismus zu finden ist, und jede Reduktion von Krankenhausbetten die Möglichkeit verringert, angemessen auf Krisen zu reagieren, unsere Gesundheit zu schützen und uns alle bestmöglich zu behandeln.

